Ressort: Politik

FDP stellt Betreuungsgeld mal wieder infrage

Berlin, 09.02.2013, 00:02 Uhr

GDN - Die FDP stellt das gerade erst beschlossene Betreuungsgeld wieder infrage und will mit dieser Kehrtwende im Bundestagswahlkampf offenbar punkten. Nach einem Bericht der "Bild-Zeitung" (Samstagausgabe) soll die Leistung für junge Eltern nach der Wahl im September erneut überprüft werden.

"Das kürzlich eingeführte Betreuungsgeld muss auf den Prüfstand", zitiert die Zeitung aus dem Wahlprogrammentwurf. Ziel der Liberalen sei es, die familienpolitischen Leistungen neu zu ordnen. Man wolle sich dabei "vor allem am Kindeswohl" orientieren, heißt es in dem Programm. Der Bundestag hatte das umstrittene Betreuungsgeld erst im November 2012 mit den Stimmen von Union und FDP beschlossen. Es soll erstmals im August 2013 ausgezahlt werden.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-7396/fdp-stellt-betreuungsgeld-mal-wieder-infrage.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619